



„50 Jahre Atomforum – 60 Jahre Bundesrepublik“

Festvortrag von Prof. Dr. Arnulf Baring
anlässlich des 50-jährigen Jubiläums
des Deutschen Atomforums e. V.

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,
meine Damen und Herren, liebe Anwesende,

viele von Ihnen werden sich noch an Walter Hallstein erinnern, den ersten Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unter Konrad Adenauer, der später erster Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde, der heutigen Europäischen Union: Dieser eindrucksvolle Mann stellte sich, wie er mir einmal sagte, vor öffentlichen Auftritten immer die Frage, was ihm eigentlich das Recht gäbe, zum jeweiligen Thema das Wort zu ergreifen.

Ich habe mich natürlich vor meinem heutigen Auftritt in Ihrem Kreise auch gefragt, was mir als Zeithistoriker eigentlich erlaube, hier eine Rede zu halten. Ich bin kein Politiker, der mit Energieproblemen befasst ist; habe sie auch wissenschaftlich nicht bearbeitet. Ebenso wenig bin ich mit den Energiekonzernen verbunden. Ich versuche heute zu Ihnen als unparteiischer, aber leidenschaftlich engagierter Bürger zu sprechen. Wie viele unserer Landsleute beschäftigt mich immer wieder die Frage nach einer angemessenen Energiepolitik, die seit Jahrzehnten unser Land bewegt.

Kaum ein anderes Thema hat uns so dauerhaft gespalten und derart erbitterte innenpolitische Kontroversen ausgelöst wie die friedliche Nutzung der Kernenergie. Keine andere Debatte spiegelt in ähnlichem Maße die gesellschaftliche und politische Entwicklung dieses Landes wider. Um die Geschichte der Bundesrepublik zu verstehen, lohnt es sich daher, den Verlauf der Auseinandersetzungen über die Kernenergie näher ins Auge zu fassen. Nicht immer waren die parteipolitischen Positionen so eindeutig festgezurrert wie heute. Ursprünglich wurde die friedliche Nutzung der Kernenergie weithin geradezu euphorisch begrüßt. Doch das hat sich gewandelt. Besonders aufschlussreich ist die Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie. Die Diskussion der SPD trägt ebenso wie die Haltung der Grünen viele Züge einer deutschen Neigung zur Wirklichkeitsverweigerung. Realitätsleugnung ist uns in der deutschen Geschichte mehrfach zum Verhängnis geworden.

Im Folgenden möchte ich der Frage nachgehen, wie es zu diesem Realitätsverlust im Blick auf die friedliche Nutzung der Atomenergie gekommen ist und worin sie sich zeigte. Ich werde daher mit einem historischen Rückblick beginnen. In einem zweiten Teil meiner Ausführungen will ich darlegen, wie eine Politik der Wirklichkeitsverweigerung bis in unsere Tage die energiepolitische Diskussion in Deutschland bestimmt.

Historischer Rückblick: Die Anfänge der deutschen Kernenergie-debatte

Blickt man zurück in die Anfänge der Kernenergie-debatte, stellt man fest, dass in den fünfziger und sechziger Jahren unter Politikern aller Parteien und Publizisten aller Richtungen Euphorie herrschte, ein wahrer Atom-Enthusiasmus. Diese Euphorie war Ausdruck einer allgemeinen Aufbruchsstimmung im Deutschland der Nachkriegszeit, zumindest in der Bundesrepublik. Wirtschaftswachstum und technologische Innovation waren damals Inbegriffe des gesellschaftlichen Fortschrittsdenkens. Alle Kraft konzentrierte sich auf den Wiederaufbau. Dem entsprach die rückhaltlose Bejahung neuer Technologien, die eine gute, eine bessere Zukunft verhießen.

Ausgelöst wurde die Atom-Begeisterung durch die berühmte „Atoms for Peace“-Rede des amerikanischen Präsidenten Eisenhower vor der UNO im Jahre 1953. Diese Ausführungen weckten in der Weltöffentlichkeit die Hoffnung, nach dem nuklearen Schrecken von Hiroshima und Nagasaki werde die Kernenergie nunmehr für friedliche Zwecke eingesetzt. Das eröffne eine neue Ära zivilen Fortschritts.

Die Stromerzeugung für Industrie und Haushalte galt dabei übrigens nur als eines unter vielen Anwendungsgebieten. Die Kernenergie, so hoffte man damals, werde sich auch für den Antrieb von Schiffen und Flugzeugen nutzbringend einsetzen lassen. Auch bei der Erschließung von Bodenschätzen, bei der Meerwasserentsalzung und bei der Wüstenbewässerung werde man von der Kernenergie profitieren können. Die Erwartungen waren derart hoch gespannt, dass die Aussage des Atomphysikers Walther Gerlach, die Atomspaltung sei „nur eine andere Möglichkeit des Heizens“, als geradezu kleingeistig abgetan wurde.

Wer jetzt auf die Anfänge zurückblickt, stellt überrascht fest, dass die segensreichen Wirkungen der Kernenergie damals besonders auch von der westdeutschen Linken gepriesen wurden. Man hält heute kaum für möglich, dass die späteren Vorkämpfer der Anti-Kernkraftbewegung seinerzeit glühende Verehrer der Kernenergie waren. Die Atom-Euphorie der SPD beispielsweise kannte in jenen Jahren keine Grenzen. Der „Atomplan“, den die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag 1956 vorstellten, liest sich geradezu als pathetische Eloge auf die Kernenergie: „Die kontrollierte Kernspaltung und die auf diesem Weg zu gewinnende Kernenergie leiten den Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschen ein [...] Die Hebung des Wohlstands, die von der neuen Energiequelle [...] ausgehen kann, muss allen Menschen zugute kommen. In solchem Sinne entwickelt und verwendet, kann die Atomenergie entscheidend helfen, die Demokratie im Innern und den Frieden zwischen den Völkern zu festigen. Dann wird das Atomzeitalter das Zeitalter werden von Frieden und Freiheit für alle.“

Ein ähnlicher Tenor findet sich bei Ernst Bloch, gewissermaßen dem philosophischen Mentor der Linken, der in seinem Werk „Das Prinzip Hoffnung“ 1959 schrieb: „Wie die Kettenreaktion auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringt, so schafft die Atomenergie [...] aus Wüste Fruchland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordamerika, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln.“

Auffällig ist, dass gerade Hauptkritiker einer militärischen Nutzung der Atomenergie die eifrigsten Befürworter ihrer friedlichen Nutzung waren. Im berühmten Göttinger Manifest von 1957 verbinden die 18 unterzeichnenden Atomwissenschaftler nicht zufällig ihre Warnung vor einem Atomkrieg mit dem nachdrücklichen Plädoyer für die friedliche Nutzung der Kerntechnik.

Skepsis gegenüber der Kernenergie wurde in diesen frühen Jahren ausgerechnet von jenen geäußert, bei denen man es am wenigsten erwarten würde: von der Energiewirtschaft. Der Grund für diese Zurückhaltung war, dass die Energieunternehmen das Kosten- und Betriebsrisiko der Kernkraft fürchteten. Zu einer Zeit, in der die fossilen Energieträger im Übermaß zur Verfügung standen, beugten sich die Erzeugergesellschaften nur zögerlich dem politischen Druck, in die teure und komplexe neue Energietechnik zu investieren.

Aus heutiger Sicht überraschend ist dabei die Tatsache, dass die Risiken der Kernenergie gerade in Betreiberkreisen zu jener Zeit noch recht offenherzig diskutiert wurden – etwa die gesundheitsschädlichen Wirkungen der radioaktiven Strahlungen oder das Problem der Entsorgung radioaktiver Abfälle. Erst als die öffentlichen Proteste im Lauf der Jahre zunahm, wich die anfängliche Offenheit immer mehr einer taktisch motivierten Rechtfertigungsrhetorik. Im Rückblick wird man konstatieren müssen, dass diese Strategie ihrerseits nicht dazu angetan war, die Gegner der Kerntechnik zu besänftigen und den Konflikt zu entschärfen.

Bis in die sechziger Jahre hinein fanden solche kritischen Stimmen jedoch keinen bedeutsamen öffentlichen Widerhall. Das allgemein akzeptierte Selbstverständnis einer Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft sicherte der Kernkraft vorerst die ungebrochene Zustimmung der Öffentlichkeit. Schließlich galt die Kernenergie nach wie vor als Inbegriff von technologischem und wirtschaftlichem Fortschritt.

Wie kam es dazu, dass die gesellschaftliche Bejahung einer friedlichen Nutzung der Kernkraft innerhalb weniger Jahre kippte und die Kernkraft zum Gegenstand erbitterter innenpolitischer Auseinandersetzungen wurde?

Um diese Frage zu beantworten, muss man an die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung erinnern und sich, parallel dazu, die Entwicklung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie während der siebziger und achtziger Jahre vergegenwärtigen. Denn in dieser Zeit wurde der Keim gelegt für jene politische Realitätsverweigerung, die bis in unsere Tage fortwirkt.

Der Beginn der öffentlichen Proteste gegen die Kernenergie

Widerstände gegen die Kernenergie gab es erstmals Ende der sechziger Jahre im Zusammenhang mit dem geplanten Bau von Kraftwerken. Der Protest blieb jedoch zunächst lokal begrenzt. Bemerkenswert hierbei ist, dass sich die ersten Protestaktionen zunächst noch nicht gegen die spezifischen Gefahren der Kernenergie richteten, sondern eher von lokalen Interessen geprägt waren. Die Bevölkerung vor Ort sorgte sich vor allem um die Erwärmung der Flüsse durch Abwässer, befürchtete die Zerstörung der Agrarlandschaft durch große Industriekomplexe. Auch wenn die entstehende Anti-AKW-Bewegung sich nicht unmittelbar aus der Studentenbewegung von 1968 rekrutierte, so bediente sie sich doch unverkennbar des Aktionsstils der außerparlamentarischen Opposition und der neuen Bürgerinitiativen. Ebenso wie vor ihnen die Studentenbewegung veranstalteten die Kernkraft-Gegner spektakuläre Aktionen wie Bauplatzbesetzungen und Straßenblockaden, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen und möglichst Massen zu mobilisieren.

Zum überregionalen Protest kam es erstmals bei den Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Würgassen. Diese Aufwallung gilt allgemein als der Beginn der Anti-Atombewegung. Bereits die Planungsphase für den Reaktor, der 1971 als erstes vollständig kommerziell genutztes deutsches Kernkraftwerk in Betrieb ging, rief lokale Bürgerinitiativen auf den Plan. Sie wehrten sich in jenen frühen Tagen ausschließlich auf juristischem Wege und waren noch weit entfernt von den spektakulären Aktionsformen, mit denen die Anti-AKW-Bewegung einige Jahre später für Aufsehen sorgte. Neuartig war in Würgassen, dass der lokale Widerstand erstmals ein überregionales Echo fand. Maßgeblich hierfür war das Engagement renommierter Experten, wie zum Beispiel des Bundestagsabgeordneten und Atom-Chemikers Karl Bechert, dessen Wahlkreis Waldeck in der Nähe von Würgassen lag. Auch Becherts Kritik bezog sich zunächst noch nicht auf potenzielle Sicherheits- und Gesundheitsrisiken, sondern vielmehr auf die finanziellen Risiken des im Bau befindlichen Kernkraftwerks. Besorgt wurde gefragt, ob sich die Anlagen je rentieren würden oder ob man mit Investitionsruinen rechnen müsse.

Insgesamt blieb die öffentliche Wirkung der Proteste Anfang der siebziger Jahre jedoch eher begrenzt. Die große Mehrheit der Bevölkerung stand der Kernenergie weiterhin deutlich positiv gegenüber. In einer Umfrage der Wickert-Institute vom November 1971 hielten 77 Prozent der Befragten die

Atomenergie für die sinnvollste Energieerzeugung der Gegenwart. Lediglich 16 Prozent äußerten Bedenken im Hinblick auf unzureichende Sicherheitsvorkehrungen. Eine kontroverse Energiediskussion gab es zu jener Zeit noch nicht.

Eine neue Dynamik erfuhr die Kernkraftdebatte im Zuge der Ölkrise von 1973. Diese Krise war für die deutsche Öffentlichkeit insofern ein Schock, als sie der Bevölkerung in drastischer Weise unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vor Augen führte, die bis dahin in der Bundesrepublik kein Thema gewesen war. Nach den Studentenprotesten von 1968 bildete die Ölkrise eine weitere Zäsur, die den bisherigen Wohlstands- und Wachstumskonsens der Bundesrepublik brüchig werden ließ. Bereits 1972 hatte der Club of Rome in seinem berühmten Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ auf die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen hingewiesen und, daran anknüpfend, grundsätzliche Zweifel am westlichen Wachstumsdogma geäußert. Die pessimistischen Prognosen des Club of Rome schienen sich durch die Ölkrise nachträglich zu bewahrheiten.

Die unmittelbare Folge der Ölkrise war jedoch zunächst eine verstärkte Hinwendung zur Kernenergie, erschien doch ihr Ausbau als eine geeignete Krisenstrategie, um die Erdölabhängigkeit der Bundesrepublik zu verringern. Nur wenige Wochen vor dem Ölpreisschock vom Oktober 1973 hatte die sozial-liberale Bundesregierung ein Energieprogramm vorgelegt, das neben der Nutzung von Steinkohle, Braunkohle und Gas einen massiven Ausbau der Kernenergie vorsah. Bis 1985 sollte die Kernkraftkapazität auf 40.000 bis 45.000 Megawatt ausgebaut werden. Das entsprach, bezogen auf den Ist-Zustand von 1972, innerhalb von nur 13 Jahren, einer Verdreißigfachung des Kernenergieanteils! Als die Regierung angesichts der Ölkrise 50.000 Megawatt anpeilte, lag dieser Zielvorgabe die Annahme zugrunde, dass der Energieverbrauch proportional zum Wachstum des Bruttosozialprodukts zunehmen werde. Das war eine Vermutung, die sich in den Folgejahren als irrig erwies und immer neue Zielkorrekturen nach unten erforderlich machte.

Weil die SPD zu jener Zeit nach wie vor die friedliche Nutzung der Kernkraft uneingeschränkt bejahte, waren die Sozialdemokraten völlig überrascht, als Mitte der siebziger Jahre die Anti-Atomkraft-Proteste immer stärker wurden. Im Februar 1975 besetzten mehrere hundert Demonstranten den Bauplatz des geplanten – aber letztlich nie gebauten – Kernkraftwerks im badischen Wyhl inmitten des idyllischen Kaiserstuhl-Weinbaugebiets. Die Demonstranten stellten sich vor die Baufahrzeuge und versuchten, damit den Baubeginn zu verhindern. Nach einer ersten Räumung durch die Polizei kam es zu einer Protestkundgebung, an der rund 28.000 Menschen teilnahmen. Hatte es vorher nur lokale juristische Proteste gegeben, war jetzt eine Massenbewegung entstanden.

Demonstranten gelang es in der Folgezeit, die Absperrungen zu überwinden und den Bauplatz erneut zu besetzen, knapp neun Monate lang. Während dieser Zeit entstand dort eine regelrechte Siedlung. Ein sogenanntes Freundschaftshaus wurde errichtet; eine „Volkshochschule Wyhler Wald“ gegründet. Nächtelang diskutierte man heftig. Dieses gemeinsame Lagerfeuer-Erlebnis trug maßgeblich zur Entstehung eines Gemeinschaftsgefühls und zur Festigung der Anti-AKW-Bewegung bei. „Wer dort saß, der war sich sicher, dass sein Protest rechtens war“, erinnert sich einer der Teilnehmer. Im Rückblick war die Wyhler Bauplatzbesetzung die eigentliche Geburtsstunde und Feuer- taufe der organisierten Anti-AKW-Bewegung. Der Protest radikalisierte sich kurze Zeit später in den Auseinandersetzungen um Brokdorf, die gewaltsam wurden.

In Wyhl richtete sich die Kritik noch nicht in erster Linie gegen die Kerntechnik als solche. Das Hauptmotiv in Wyhl war vielmehr die verständliche Sorge, dass die Nebelschwaden aus den Kühltürmen des Kernkraftwerks die Qualität der Kaiserstuhl-Weine beeinträchtigen könnten. Erst später wurde die Angst vor radioaktiven Gefahren der Kernenergie Mittelpunkt der Diskussion.

Im Rückblick ist es verständlich, dass die Kernenergie aufgrund ihrer unsichtbaren Strahlung von der Öffentlichkeit als besonders unheimlich und gefährlich wahrgenommen wurde und wird. Ebenso ist begreiflich, dass die offene Frage einer absolut sicheren Endlagerung nicht dazu angetan war, das Vertrauen der Menschen in die Kernenergie zu erhöhen – und das gilt bis zum heutigen Tag.

Doch zurück zu den Ereignissen in Wyhl. Die Reaktion der SPD auf die Bauplatzbesetzung von Wyhl zeigte eine gewisse Unsicherheit und Ratlosigkeit. Auf ihrem Mannheimer Parteitag 1975 stellte sie im Blick auf die Wyhler Vorgänge fest, dass „der verständliche Widerstand der jeweils betroffenen Bevölkerung gegen Kernkraftwerke [...] zu einem politischen Faktum geworden“ sei. Zugleich wurde damals die große Distanz der Sozialdemokraten zu den Kernkraftgegnern deutlich. So empfahl die Partei als Maßnahme gegen die öffentliche Verunsicherung, das „Gespräch mit diesen Bürgern (gemeint waren die Protestler) zu versachlichen“, indem das „Pro und Kontra mit den Bürgern rechtzeitig ausgebreitet, diskutiert und gewertet“ werde. Diese von den Sozialdemokraten 1975 geforderte sachliche Erörterung der Kernenergie-Thematik war jedoch einige Jahre später nicht mehr möglich.

Warum? Mitte der siebziger Jahre wurde das seit Jahrzehnten anhaltende Wirtschaftswachstum gebremst. Die Annahmen, mit denen der Ausbau der Kernenergie bislang begründet worden war, ließen sich jetzt bezweifeln. Der Energiebedarf war nicht in der erwarteten Weise gewachsen. Gleichzeitig stiegen die Preise für Kernenergie, während der

Ölpreis nach dem Abklingen der Ölkrise wieder fiel. Dies führte zu wachsenden öffentlichen Zweifeln an der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie. Mehr noch: Die einseitige Orientierung am quantitativen ökonomischen Wachstum schien aufgrund der nunmehr wahrgenommenen ökologischen Risiken der neuen industriellen Technik zunehmend fragwürdig.

Anlässlich der Wachstumskrise wurde nunmehr auch in Deutschland die bislang allgemein akzeptierte Annahme, Wachstum sei unerlässlich, sei selbstverständlich richtig und wichtig, einer grundlegenden Neubewertung unterzogen. Wenn Wirtschaftswachstum eine so riskante Technologie wie die Kerntechnik erfordere, so die Argumentation der Kritiker, müsse das Ziel selbst hinterfragt werden. Hierin lag der eigentliche Paradigmenwechsel: Die Kernkraft wurde von ihren Gegnern nicht mehr bloß als ein untaugliches Mittel zurückgewiesen, sondern galt nunmehr *paris pro toto* als Ausdruck einer fragwürdigen, ja irrationalen Wirtschaftsweise. Mit anderen Worten: Die Kernenergie wurde immer mehr zum Kristallisationspunkt eines tiefgreifenden gesamtgesellschaftlichen Wertewandels. Der Protest gegen die Kernenergie wurde Ausdruck eines neuen Lebensgefühls. In den Worten Erhard Eppers, des Wortführers der Atomkraftgegner innerhalb der SPD, hörte sich das so an: „Nicht die Gefahren der Kernenergie sind größer geworden, nicht die Reaktoren weniger sicher, geändert haben sich die Fragestellungen, die Wertmaßstäbe, kurz: das Bewusstsein.“

Die Diskussion löste sich somit zunehmend von einer naturwissenschaftlich-sachlichen Erörterung von Chancen und Risiken der Kernenergie und verwandelte sich immer mehr in eine ideologisch geführte Debatte über das wünschenswerte Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell.

Flügelkämpfe um die Kernenergie innerhalb der SPD

Dieser gesellschaftliche Bewusstseinswandel fand seinen Ausdruck nicht zuletzt in der entstehenden Ökologie-Bewegung, aus der wenige Jahre später „Die Grünen“ hervorgehen sollten. Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie bildeten somit den Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Veränderung des deutschen Parteiensystems.

Die zunehmende Sensibilisierung der Gesellschaft für den Umweltschutz hatte zur Folge, dass der Konsens in der SPD über die Wünschbarkeit einer zivilen Nutzung der Kernenergie Ende der siebziger Jahre immer mehr verblasste. Innerhalb der Partei bildeten sich zwei Flügel, deren erbitterte Auseinandersetzungen die Partei jahrelang in Atem hielten. Auf der einen Seite stand der traditionelle, gewerkschaftsnahe Teil, der die Kernenergie nicht zuletzt aus beschäftigungs- und industriepolitischen Gründen für unverzichtbar hielt. Dieser

Flügel war noch auf dem Hamburger Parteitag 1977 klar in der Mehrheit und setzte als energiepolitischen Grundsatz den Passus durch: „Das Vollbeschäftigungsziel muss auch in Zukunft oberste Priorität haben.“ Andererseits gab es den umweltpolitischen Flügel, der die Kernenergie vor allem aufgrund der Sicherheitsrisiken und der ungelösten Entsorgungsfrage ablehnte. Darüber hinaus fürchtete dieser Flügel, dass die zivile Nukleartechnologie für militärische Zwecke missbraucht werden könne. Diese Risiken wurden von den Kernkraftkritikern für ungleich größer gehalten als die möglichen beschäftigungs- und strukturpolitischen Konsequenzen eines Ausstiegs.

Ihren vorläufigen Höhepunkt fanden die Proteste in den gewaltsamen Massendemonstrationen von Brokdorf 1976 und Kalkar 1977. An ihnen nahmen unter anderen Gerhard Schröder und Joschka Fischer teil. Das Führungstandem der rot-grünen Koalition, die mehr als zwei Jahrzehnte später an die Macht kommen sollte, hatte ganz offensichtlich frühzeitig den Anti-Atomkampf als gemeinsames Anliegen entdeckt.

Je mehr die Proteste wuchsen, desto größer wurde der Druck auf die SPD. Mit gutem Zureden allein war es nun nicht mehr getan. Die SPD musste reagieren und zu einer neuen Haltung finden, wollte sie nicht einen Teil ihrer Wählerschaft an die Anti-Atombewegung verlieren. Auf der Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität“, die in Vorbereitung des Hamburger Parteitags im April 1977 in Köln stattfand, brachte ein SPD-Delegierter diese Hilflosigkeit mit den Worten auf den Punkt: „Wir haben jahrelang den mündigen Bürger gefordert. Jetzt ist er da und nun haben wir den Salat.“

Auf dem Hamburger Parteitag 1977 einigte man sich schließlich auf eine Kompromissformel, die eine klare Festlegung letztlich vermied und beiden Lagern partiell gerecht wurde: In den „Grundsätzen sozialdemokratischer Energiepolitik“ wurde ein genereller Verzicht auf die Kernenergie ebenso abgelehnt wie der verstärkte Bau von Kernkraftwerken. Die Option für die Kernenergie wurde genauso offen gehalten wie die Option, auf die Kernenergie künftig zu verzichten. Diese von Horst Ehmke und Herbert Wehner entwickelte „Zwei Optionen-Lehre“ bildete bis zur Mitte der achtziger Jahre den energiepolitischen Grundkonsens der SPD und sicherte letztlich den inneren Zusammenhalt der Partei.

Gleichzeitig belegten die unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse zur Kernenergie auf Landes- und Bundesebene die andauernde innere Zerrissenheit der Sozialdemokraten: Unter dem Eindruck des Reaktorunfalls von Harrisburg führte die schleswig-holsteinische SPD bei den Landtagswahlen 1979 ihren Wahlkampf im Zeichen der, wie es hieß, „nuklearpolitischen Wende“, während die Bundespartei bei den Bundestagswahlen im folgenden Jahr vorläufig an der Kernenergie festhielt. Das gleiche Szenario wiederholte sich zwei Jahre später in Hamburg. Der sozialdemokratisch geführte Senat beschloss

aufgrund des Drucks der öffentlichen Proteste, sich aus dem Bauvorhaben des Kernkraftwerks Brokdorf zurückzuziehen, während gleichzeitig die sozial-liberale Bundesregierung am Ausbau festhielt. Diese parteiinternen Auseinandersetzungen trugen nicht unerheblich zum Sturz des Bundeskanzlers Schmidt bei, der bereits durch den Kampf um den Nato-Doppelbeschluss innerparteilich zunehmend geschwächt war. Damit war die Kernenergie einmal mehr eine innenpolitische Schlüsselfrage.

Der Parteitag der SPD von 1979 in Berlin zog einen vorläufigen Schlussstrich unter diese parteiinternen Auseinandersetzungen. Die Frage, ob die Kernenergie weiter ausgebaut werden sollte oder nicht, blieb offen. Nur so konnte der Zusammenhalt der Sozialdemokraten gesichert werden. Doch die Partei zahlte für ihre verspätete Reaktion auf die Anti-Atom-Bewegung einen hohen politischen Preis. Die Gründung der Grünen im Jahre 1980 und der Einzug der Partei in den Bundestag drei Jahre später kostete die Sozialdemokraten einen Teil ihres Wählerpotenzials und gefährdete dauerhaft ihre Mehrheitsfähigkeit. Von diesem Verlust, so meine These, hat sich die Sozialdemokratie bis zum heutigen Tag nicht erholt. Nicht umsonst hatte Willy Brandt seine Genossen bereits 1977 vor der grünen Konkurrenz gewarnt und sie ermahnt, „selbst ein Stück grüne Partei zu sein.“

Der Weg in den Ausstieg

Den offenen Bruch mit der Kernenergie vollzogen die Sozialdemokraten im Jahre 1984, als sie auf einem Bundesparteitag erstmals eindeutig und geschlossen gegen sie Stellung bezogen. Der Zubau weiterer Kraftwerke wurde als „unvertretbar und unverantwortlich“ abgelehnt, solange die Entsorgungsfrage nicht geklärt sei.

Es war meines Erachtens kein Zufall, dass es zum Bruch der Sozialdemokraten mit der Kernenergie erst nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl kam. Nach dem Sturz Schmidts und dem Machtantritt einer CDU-geführten Bundesregierung fiel in der SPD der atomfreundliche Gegenpol zum kernkraftkritischen Flügel der Partei weg. Es musste nicht länger Rücksicht genommen werden auf Genossen, die eine zivile Kernkraftnutzung befürworteten. Die Strategie lautete von nun an, den Ausstieg aus der Kernenergie durch eine Politik der Nadelstiche voranzutreiben, also durch Verzögerungen in Genehmigungsverfahren und endlose Begutachtungen.

Die Anti-Atomkraft-Politik war fortan ein zentrales Element der Oppositionspolitik der SPD. Die Ablehnung der Kernenergie wurde zum Dogma erhoben – und war damit nicht mehr politisch verhandelbar. Die Abgrenzung zur CDU war von nun an wichtiger als eine kritische Auseinandersetzung über die Frage, welches Konzept unseren energiepolitischen Herausforderungen am besten Rechnung trüge.

Die mangelnde Bereitschaft, den eigenen Standpunkt angesichts veränderter Rahmenbedingungen immer wieder neu zu überprüfen, ist für mich Realitätsverweigerung. Bis zum heutigen Tage haben sich Sozialdemokraten und Grüne aus dieser Selbstblockade noch nicht zu befreien vermocht.

Wie ging es weiter? Der grauenhafte Reaktorunfall von Tschernobyl im April 1986 führte in Deutschland vorübergehend zu einer beispiellosen Emotionalisierung der Kernenergie-debatte. Unsere angsterfüllten Aufwallungen lösten im Ausland vielfach Unverständnis, ja Irritationen aus, da sie in keinem rationalen Verhältnis zur realen radioaktiven Gefährdung zu stehen schienen.

Tschernobyl trug wesentlich dazu bei, dass sich die politischen Fronten verfestigten. Die CDU hielt ungeachtet der öffentlichen Kritik weiterhin an der Kernenergie fest. Aber zugleich widmete sie dem Umweltschutz eine deutlich größere Aufmerksamkeit: Nur fünf Wochen nach dem Unglück wurde das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gegründet.

Tschernobyl hatte übrigens damals auch in der DDR Auswirkungen. Bis dahin hatte die Bevölkerung an der Kernenergie keinen weithin sichtbaren oder hörbaren Anstoß genommen. Ihre Rolle bei der dortigen Energieversorgung wurde in der Öffentlichkeit kaum ernsthaft in Frage gestellt. Dies änderte sich mit der Katastrophe, die die staatlich verkündete Sicherheitsdoktrin ins Wanken brachte und zu besorgten Gesprächen in der Bevölkerung führte. Trotz des offiziellen Diskussionsverbots redete man nun auch im östlichen Deutschland erstmals über die Risiken der Kernenergie. Die Kritik artikuliert sich dabei vor allem in der kirchlich organisierten Umweltbewegung mit Vorträgen, Flugblättern und Broschüren.

Doch zurück zu den westdeutschen Sozialdemokraten: Unter dem Eindruck von Tschernobyl beschlossen sie auf ihrem Nürnberger Parteitag im August 1986 den definitiven Rückzug aus der Kernenergie – übrigens gegen die Warnungen von Betriebsräten und Gewerkschaftlern. Im Rahmen eines Sofortprogramms sollte innerhalb von nur zehn Jahren der komplette Ausstieg vollzogen werden. In den folgenden Jahren unternahm die SPD mehrere Anläufe, um den Ausstieg auf Bundesebene durchzusetzen – zunächst ohne Erfolg. Die in den neunziger Jahren unternommenen Versuche der christlich-liberalen Regierung, einen parteiübergreifenden Atomkonsens zu erzielen, waren allesamt zum Scheitern verurteilt – nicht zuletzt aufgrund der beharrlichen Weigerung der SPD, die Option Kernkraft für die Zukunft offen zu halten, zumindest nicht für alle Zeiten auszuschließen.

In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1998 wurde schließlich der Atomausstieg verbindlich vereinbart. Zwei Jahre später verständigte sich die rot-grüne Regierung in einem Abkommen mit der Energiewirtschaft darauf, bis etwa 2021 das letzte Kernkraftwerk abzuschalten.

Je näher allerdings der Ausstiegsbeschluss rückte, desto mehr schrumpfte die Zahl der Kernkraft-Gegner in der Öffentlichkeit. Am Beginn der neunziger Jahre rechnete sich noch knapp ein Fünftel der Bevölkerung zu den entschiedenen Kernkraft-Gegnern – in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ging dieser Anteil auf 13 Prozent vor der Bundestagswahl 1998 zurück. Mit ihrer ideologischen Ablehnung der Kernenergie hatten sich die Sozialdemokraten auf diese Weise also bereits in den neunziger Jahren von der mentalen Entwicklung der Bevölkerung abgekoppelt.

Dabei liegen die neuen Fragen und energiepolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts offen zutage: Fortschreitender Klimawandel, wachsende Abhängigkeit von Energieimporten aus politisch instabilen Regionen, neue Energiebedürfnisse im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden elektromobilen Revolution – all diese neuen Herausforderungen haben bislang weder bei den Sozialdemokraten noch bei den Grünen zu einem Umdenken und einer kritischen Überprüfung der stereotypen Anti-Kernkraft-Rhetorik geführt.

Realitätsverweigerung in der aktuellen energiepolitischen Debatte

Die Wirklichkeitsverweigerung, von der ich eben im Blick auf die Kernenergie sprach, lässt sich mit umgekehrten Vorzeichen auch bei der aktuellen Diskussion um die erneuerbaren Energien beobachten.

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich bin nicht kompetent, um das Potenzial der erneuerbaren Energien zu beurteilen oder zu bewerten. Prognosen über den vielbeschworenen Energiemix der Zukunft muss ich ausgewiesenen Experten überlassen. Worüber ich heute reden möchte, ist vielmehr die Art und Weise, wie über die erneuerbaren Energien geredet wird – oder auch nicht.

Mit Verwunderung beobachte ich beispielsweise, dass Sozialdemokraten und Grüne die erneuerbaren Energien grundsätzlich nach anderen Maßstäben beurteilen als die Kernenergie.

Während die Kernenergie einseitig verdammt wird, werden andererseits die erneuerbaren Energien mit einem positiven Vorurteil belegt, das viel mit Wunschdenken, aber wenig mit Realitäten zu tun hat.

So werden erneuerbare Energien pauschal mit „Öko-Energie“ gleichgesetzt. Warum wird von Sozialdemokraten und Grünen gleichzeitig verschwiegen, dass erneuerbare Energien wie die Photovoltaik, die Geothermie oder Biogas rund zehnmal höhere CO₂-Emissionen verursachen als die Kernenergie? Warum hält man es in diesen Kreisen für unbedenklich, dass in den letzten acht Jahren knapp 22 Milliarden Euro allein in die Förderung der Photovoltaik geflossen sind – einer Energiequelle, die in Deutschland bekanntlich ein weitaus geringeres Potenzial hat als beispielsweise in den Mittelmeerländern?

Warum klagt man über hohe Strompreise, während man gleichzeitig durch garantierte – das heißt nicht durch den Markt festgelegte – Einspeisevergütungen die Strompreise immer weiter in die Höhe treibt?

Diese bewusst gepflegten Widersprüche sind für mich Ausdruck jener Wirklichkeitsverweigerung, die zwar zur parteipolitischen Profilierung taugen mag, energiepolitisch aber durchaus hinterfragt werden kann. Ich möchte nicht missverstanden werden: Es geht mir nicht darum, die erneuerbaren und die konventionellen Energien gegeneinander auszuspielen. Vielmehr frage ich mich: Ist es klug, bestimmte Energieträger von vorneherein aus ideologischen oder wahltaktischen Gründen auszuschließen? Wäre es nicht besser, vorurteilsfrei die Vor- und Nachteile der einzelnen Energieträger gegeneinander abzuwägen, auch die Kosten in Rechnung zu stellen? Ist es nicht an der Zeit, hierüber eine offene und pragmatische Diskussion zu führen – jenseits parteipolitischer und ideologischer Grabenkämpfe?

Mit Verwunderung verfolge ich die derzeitige energiepolitische Diskussion in Deutschland. Fragen, die für die künftige Energieversorgung dieses Landes von zentraler Bedeutung sind, werden einfach ausgeblendet: Woher soll unser Strom nach einem Ausstieg aus der Kernenergie kommen? Wie stellen wir ohne die Kernenergie die Grundlast sicher? Ich lese, dass die erneuerbaren Energien aufgrund ihrer starken Erzeugungsschwankungen nicht in der Lage sind, rund um die Uhr verlässlich Strom zu liefern. Wie also gewährleisten wir in Zukunft eine sichere Stromversorgung?

Wie jedermann weiß, ist Deutschland in gefährlich hohem Maße abhängig von ausländischen Energieimporten – zum Beispiel von russischem Erdgas oder Öl aus dem Iran. Ich frage mich: Wird die energiepolitische Abhängigkeit im Falle eines Ausstiegs nicht noch weiter zunehmen? Wenn man sich die politische Entwicklung Russlands vor Augen hält, vom Iran ganz zu schweigen, ist das eine bedrückende Aussicht.

Ich sehe, dass Deutschland sich ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt hat. Ich frage Sie: Wie sollen wir diese Klimaschutzziele ohne die CO₂-freie Kernenergie erreichen? Können wir uns wirklich leisten, auf die Kernenergie zu verzichten?

Zum Glück bin ich nicht der Einzige in diesem Land, der solche Fragen stellt. Meine Bedenken werden auch von Fürsprechern der erneuerbaren Energien geteilt. Nehmen Sie beispielsweise Emanuel Heisenberg, einen Enkel des berühmten Atomphysikers Werner Heisenberg, der Geschäftsführer des Biogasturbinenherstellers „Greenenvironment Energy Solutions“ ist. Er warnt uns, die erneuerbaren Energien durch den geplanten Ausstieg zu überfordern. Freimütig räumt er ein: „Eine Papierfabrik mit ihrem enormen Energiebedarf lässt

sich nun mal nicht allein mit Biogasturbinen betreiben.“ Aus diesem Grund hält Heisenberg die Kernenergie zumindest mittelfristig für unverzichtbar.

Was wir daher in Deutschland brauchen, ist meines Erachtens ein neuer „Energie-Realismus“. Eine Energiepolitik mit ideologischen Scheuklappen ist keine. Sie hilft uns nicht weiter. Gerade aus unserer Geschichte wissen wir: Wer Realitäten nicht rechtzeitig erkennt, riskiert Desaster. Noch können wir energiepolitisch umsteuern. Wie das aussehen könnte, zeigt ein Blick auf unsere europäischen Nachbarn.

Blick ins Ausland

Zur heutigen deutschen Realitätsverweigerung gehört, dass wir uns international weitgehend isolieren. In den meisten europäischen Ländern und in der ganzen Welt hat in den letzten Jahren ein Umdenken hinsichtlich der Kernenergie stattgefunden. Weltweit sind derzeit etwa 200 Kernkraftwerke in der Planung beziehungsweise Vorplanung. Es gehört zu unserem neuen Sonderweg, einem neuen deutschen Sendungsbewusstsein, dass wir diese Entwicklungen im Ausland nicht wahrnehmen wollen und stattdessen glauben, uns energiepolitisch gegen die ganze Welt stellen zu können. Dabei täten wir besser daran, unsere Nachbarn genauer ins Auge zu fassen. Blicken wir ins europäische Ausland:

Großbritannien hat zu Beginn letzten Jahres ein umfangreiches Neubauprogramm angekündigt. Begründet wird diese Maßnahme nicht zuletzt mit dem Nutzen der Kernkraft angesichts des Klimawandels. Ohne Kernkraft würden die CO₂-Emissionen Großbritanniens schon heute fünf bis zwölf Prozent größer sein als sie sind. Umso wichtiger, heißt es jenseits des Kanals, ist die Kernkraft, da Großbritannien seine CO₂-Emissionen bis 2050 um 60 Prozent senken wolle.

Interessanterweise werden die Ausbaupläne der Labour-Regierung mittlerweile auch von renommierten Vertretern der Umweltbewegung unterstützt, die bislang die Kernenergie heftig bekämpften: Stephen Tindale, ehemaliger Direktor von Greenpeace Großbritannien, Lord Smith of Finsbury, Vorsitzender der britischen Umweltschutzbehörde „Environment Agency“, der Publizist Mark Lynas sowie Chris Goodall von den britischen Grünen – sie alle plädieren inzwischen für eine verstärkte Nutzung der Kernenergie, da nur so die ambitionierten Klimaschutzziele ihres Landes erreicht werden könnten. „Gegen die Kernenergie zu sein, war lange Zeit eine essenzielle Position, wenn man Umweltschützer war“, erklärt Tindale, der seinen Sinneswandel mit einer religiösen Bekehrung vergleicht. Aber mit der Zeit habe sich auch in der grünen Bewegung in England die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Kernenergie zwar nicht ideal, aber immer noch besser als der Klimawandel sei. Wenn

Sie mir dazu einen Kommentar gestatten: Eine ähnlich pragmatische Haltung und politische Souveränität würde ich mir auch von den deutschen Grünen wünschen. Aber leider werden hierzulande jene grünen Stimmen, die es wagen, die Anti-Atomkraft-Doktrin kritisch zu hinterfragen, als Verräter mit dem Bannstrahl belegt. Aber ist das klug, ist das weitsichtig? Man hat doch im östlichen Teil Deutschlands vor zwanzig Jahren gut beobachten können, welche Folgen es hat, wenn man notwendige Reformen versäumt.

Großbritannien ist mit seinem Beschluss, erneut auf Kernenergie zu setzen, in guter Gesellschaft: Italien hat im vergangenen Jahr angekündigt, seinen Atomausstieg rückgängig zu machen und in den nächsten Jahren bis zu fünf Reaktoren zu bauen. In Frankreich wird zurzeit ein hoch moderner Druckwasserreaktor vom Typ EPRTM errichtet, der Bau eines weiteren wurde bereits von Staatschef Nicolas Sarkozy angekündigt. Der erste Druckwasserreaktor dieser Art entsteht zurzeit in Finnland, das damit die Zahl seiner Reaktoren von vier auf fünf erhöht. Darüber hinaus haben mehrere osteuropäische Staaten, zum Beispiel Polen, angekündigt, erstmals in die Kernenergie einzusteigen oder wie Tschechien und Ungarn ihre Kernkraftkapazitäten zu verstärken.

Am aufschlussreichsten ist jedoch der Fall Schweden. Das skandinavische Land war bekanntlich für die deutsche Sozialdemokratie lange Zeit unbestrittenes Vorbild. In den siebziger und achtziger Jahren reisten deutsche Genossen scharenweise in den hohen Norden, um sich vom schwedischen Sozialstaatsmodell und seinem Mentor Olof Palme inspirieren zu lassen. Heutzutage sind deutsche Sozialdemokraten in Bezug auf Schweden merkwürdig verschämt. Dabei täten sie gut daran, sich am politischen Realitätssinn und Pragmatismus ihrer schwedischen Parteifreunde ein Beispiel zu nehmen.

Zum besseren Verständnis möchte ich die historischen Fakten kurz rekapitulieren: Unter dem Eindruck des Unfalls von Harrisburg 1979 entschieden die Schweden im Rahmen einer Volksabstimmung 1980, dass die im Bau befindlichen sechs Atomkraftwerke fertiggestellt, danach aber keine neuen mehr gebaut werden sollten. Das schwedische Parlament beschloss daraufhin, bis spätestens 2010 aus der Kernenergie auszusteigen. Dies war eine weitreichende Entscheidung, da die Kernenergie mit gut 45 Prozent zur schwedischen Stromerzeugung beiträgt. Bemerkenswert hierbei ist: Die schwedischen Regierungen – ob sozialdemokratisch oder bürgerlich – haben im Unterschied zu Deutschland den Ausstieg nie unbedingt als Ziel ausgerufen, sondern stets an die Bedingung geknüpft, dass Alternativen zur Kernenergie, die ökonomisch und ökologisch vertretbar sind, verfügbar seien. So drängte die sozialdemokratische Regierung unter Ingvar Carlsson als Folge des Reaktorunglücks von Tschernobyl im Herbst 1986 zwar zunächst auf einen beschleunigten Ausstieg. Auf Druck der Gewerkschaften, die die wirtschaftlichen Folgen eines früheren Ausstiegs fürchteten, wurde jedoch gleichzeitig ein überparteiliches Energierat eingesetzt, der neben Regierung und Opposition

auch Vertreter aus Energiewirtschaft und Umweltbewegung umfasste. Dieser Energierat kam nach eingehenden Erörterungen zu dem Ergebnis, dass ein früherer Ausstieg aus der Kernenergie negative ökologische und wirtschaftliche Folgen habe. Daraufhin ersann die Regierung einen wahrhaft salomonischen Kompromiss. Sie beschloss, das Zieldatum 2010 für den Ausstieg beizubehalten, aber gleichzeitig den Zeitplan an Fortschritte in den Bereichen Energieeinsparung und regenerative Erzeugung zu binden. Und siehe da: Ende 1995 kam eine Parlamentskommission zu dem Ergebnis, dass ein vollständiger Ausstieg bis 2010 aufgrund der unzureichenden Fortschritte bei der Energieeinsparung und den regenerativen Energien wirtschaftlich und ökologisch nicht zu verantworten sei. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Ingvar Carlsson strich daraufhin im Jahre 1997 das Enddatum 2010 ersatzlos.

Nachdem die Sozialdemokraten mangels glaubwürdiger Energiealternativen den Ausstiegstermin mit Erfolg immer weiter hinausgezögert hatten, kam es schließlich im Februar dieses Jahres zur definitiven „Kernwende“, als die bürgerliche Mitte-Rechts-Koalition unter Fredrik Reinfeldt die Beibehaltung der Kernenergie und den Neubau von Kernkraftwerken ankündigte. Noch im Wahlkampf 2006 hatte die Zentrumsolitikerin Maud Olofsson verkündet, ihre Partei werde sich dem Neubau von Kernreaktoren entschieden widersetzen. Inzwischen hat sie aber ihre Auffassung geändert: Die Entscheidung zum Neubau von Kernkraftwerken bei einem gleichzeitigen Ausbau der erneuerbaren Energien hält sie für einen „guten Kompromiss“ und erklärt: „Ich glaube, dass die Regierung heute den ersten Schritt in eine Gesellschaft mit natürlichen Energieressourcen gegangen ist. Ich habe diese Entscheidung auch für meine Kinder und Enkelkinder getroffen.“

Aber auch die schwedischen Sozialdemokraten hatten bereits akzeptiert, dass sie ihre Kernkraftwerke noch jahrzehntelang brauchen werden – nicht zuletzt aus Klimaschutzgründen. Dagegen halten unsere Sozialdemokraten unbeirrbar am Ausstiegsfahrplan fest und lehnen eine Rückkehr zu vernünftigen Laufzeiten ab. Dass Deutschland sich mit diesem nationalen Sonderweg einmal mehr international isoliert, scheint sie nicht zu beunruhigen – unsere europäischen Partner allerdings bekümmert das umso mehr. Der frühere finnische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Paavo Lipponen beispielsweise, dessen Land bereits im Jahre 2002 den Bau eines weiteren Kernkraftwerks beschlossen hatte, äußerte unlängst offen seinen Unmut über die frühere rot-grüne Regierung in Deutschland: „Der Anti-Kernkraft-Fundamentalismus, der seinen Ursprung hauptsächlich in Deutschland hat, schadet dem Hauptziel ungemein, nämlich die Emissionen zu verringern. Wenn man in Deutschland tatsächlich die Kernkraft herunterfahren will, berechtigt das nicht dazu, andere Länder in Kernkraftfragen unter Druck zu setzen.“ Deutlicher kann man das Unverständnis über das dogmatische Festhalten am Ausstieg und den Realitätsverlust der deutschen Energiepolitik kaum zum Ausdruck bringen.

Fazit und Ausblick

Wenn ich allerdings die jüngste energiepolitische Debatte betrachte, sehe ich Anlass zur Hoffnung. Es tut sich etwas in Deutschland. Es gibt Anzeichen eines neuen Pragmatismus im Umgang mit der Kernenergie. Immer mehr Menschen sind bereit, offen und unvoreingenommen über Energiefragen der Zukunft und damit auch über die Kernenergie zu diskutieren. Sie sind der energiepolitischen Grabenkämpfe der letzten Jahrzehnte überdrüssig, die geprägt waren von Ideologie, Tabuisierung und dem sterilen Austausch immer gleicher Argumente. Die letzten Monate zeigen, dass auch in der deutschen Öffentlichkeit in Bezug auf die Kernenergie ein Umdenken stattfindet. Glaubt man Meinungsumfragen, so spricht sich mittlerweile eine Mehrheit der Deutschen für eine Verlängerung der Laufzeiten aus. In einer Emnid-Umfrage vom Juli 2008 befürworteten 59 Prozent der Befragten eine Laufzeitverlängerung. Im ZDF-Politbarometer vom 11. Juli 2008 waren es 54 Prozent. Umweltminister Gabriel ließ unlängst eine Umfrage von der Website seines Ministeriums nehmen, in der sich zu seiner eigenen Verblüffung eine klare Mehrheit der Nutzer, nämlich 57 Prozent, für eine Laufzeitverlängerung ausgesprochen hatte. Daher gab er kurz darauf eine Umfrage bei Forsa in Auftrag, die erwartungsgemäß zu dem Ergebnis kam, dass die Mehrheit der Deutschen die Atomkraft ablehne. Insbesondere die junge Generation, die nach Tschernobyl aufgewachsen ist, nähert sich dem Thema Kernenergie mit neuer Offenheit. Mit den Parolen und Protesten der Anti-Atom-Bewegung kann die junge Generation offenbar nicht mehr viel anfangen. Das bezeugen beispielsweise Diskussionen auf studentischen Online-Foren. Die Aufgeregtheit der achtziger Jahre sucht man hier vergeblich. Das Für und Wider von Laufzeitverlängerungen wird vielmehr pragmatisch und sachlich diskutiert. Dabei ist es beileibe nicht so, dass die Bürger neuerdings die Kernenergie ins Herz geschlossen haben. Aber immer mehr Menschen erkennen, dass Strom aus Kernkraft zumindest mittelfristig unverzichtbar ist.

Selbst Politiker von SPD und Grünen räumen inzwischen hinter vorgehaltener Hand ein, dass sie die Festlegung auf den Ausstieg für einen Fehler halten. Ich habe daher die Hoffnung, dass wir in diesem Jahr, in dem sowohl die Bundesrepublik wie das Deutsche Atomforum Geburtstag feiern, den Anfang vom Ende dieser jahrzehntelangen, unfruchtbaren Auseinandersetzung erleben werden.

Lassen Sie mich daher die Hoffnung äußern, dass wir in Deutschland den Mut für einen unbefangenen neuen Energiedialog finden, der den Weg bahnt in eine gute Zukunft unseres Landes!

Quellenverzeichnis

Barthelt, Klaus/Montanus, Klaus (1993): Begeisterter Aufbruch. Die Entwicklung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der siebziger Jahre, in: Hohensee, Jens/Salewski, Michael (Hrsg.): Energie-Politik-Geschichte, Stuttgart, S. 89 - 100.

Bloch, Ernst (1970): Das Prinzip Hoffnung, Bd. 2, Frankfurt.

Breyer, Wolfgang (2002): Von Schweden lernen: Der festgefahrene Ausstieg aus der Kernenergie, in: AREVA NP GmbH (Hrsg.): Argumente, 01.10.2002

Financial Times Deutschland vom 05.02.2009

Kepplinger, Hans Mathias (2000): Vom Hoffnungsträger zum Angstfaktor, in: Grawe, Joachim/Picaper, Jean-Paul (Hrsg.): Streit ums Atom, München, S. 81 - 103.

Lipponen, Paavo (2007): Finnland, Deutschland und Europas Energiezukunft – Festvortrag von Ministerpräsident a. D. Paavo Lipponen auf der Herbsttagung der Deutsch-Finnischen Handelskammer am 12. November 2007 in Potsdam

Michaelis, Hans/Salander, Carsten (1995): Die Kernenergiekontroverse in Deutschland, in: dies. (Hrsg.): Handbuch Kernenergie, Frankfurt a. M., S. 777 - 815.

Parteitageprotokoll des Hamburger Parteitages der SPD von 1977, Hamburg.

Protokoll des Mannheimer Parteitages der SPD von 1975, Mannheim.

Radkau, Joachim (1983): Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 - 1975, Hamburg.

Sauzay, Brigitte (2000): Vernunft oder Gefühl: Die Wahrnehmung der Kernenergie in Deutschland, in: Grawe, Joachim/Picaper, Jean-Paul (Hrsg.): Streit ums Atom, München, S. 187 - 200.

Vorstand der SPD (Hrsg.) (1977): Fachtagung Energie, Beschäftigung, Lebensqualität am 28. und 29. April 1977 in Köln, Lübeck.

Wörndl, Barbara (1992): Die Kernenergiedebatte, Wiesbaden.

Zukunfts!Fragen – Anzeigensonderveröffentlichung des Deutschen Atomforums e. V., Ausgabe April 2009



**Deutsches
Atomforum e. V.**

Juli 2009

Herausgeber:
Deutsches Atomforum e. V.
Robert-Koch-Platz 4
10115 Berlin

www.kernenergie.de

Alle Rechte vorbehalten.